



Motion Nr. 84 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 1. September 2005

Parlament umgangen – Volksentscheid mit den Füßen getreten!

Die SVP der Stadt Luzern zeigt sich überrascht, mit welcher Eile nun plötzlich ein Fixerstübli (neu „Fixerraum“ genannt) in Luzern eingerichtet werden soll. Offensichtlich will der Stadtrat mit dem „Prinzip der vollendeten Tatsachen“ jegliche Opposition seitens der Politik oder der Anwohnerschaft von Beginn weg als nutzlos erscheinen lassen.

Zu Recht beklagen sich die direkt betroffenen Anwohner wie auch der Quartierverein, dass sie über dieses konkrete Ansinnen nur durch die Medien informiert wurden. Auch auf der politischen Ebene wurde das Parlament völlig ausgeschlossen bzw. ebenfalls mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt. Weder in der zuständigen Sozialkommission noch in der Gesamtplanung 2005–2008 wurde vom Stadtrat darauf hingewiesen, dass im Stadthaus Bestrebungen laufen, noch dieses Jahr einen steuerfinanzierten „Fixerraum“ zu eröffnen.

Diese Strategie des Stadtrates kann von der SVP nicht akzeptiert werden! Der Stadtrat mag nun argumentieren, dass die Kreditlimite in seiner Finanzkompetenz liegt, er somit mit einer weissen Weste dasteht. Die SVP muss sich jedoch ernsthaft die Frage stellen, welche Aufgaben einer grossstadträtlichen Kommission (Sozialkommission) zugestanden werden, wenn der Kommission solch wichtige Entscheide vorenthalten werden. Auch die jährlich erscheinende rollende Gesamtplanung wird vom Stadtrat zu Makulatur degradiert!

Die SVP vertritt die Ansicht, dass das Parlament und eventuell auch die Bevölkerung (Referendum) sich zum Fixerraum und der neuen Strategie des Stadtrates in der Drogenpolitik äussern kann.

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten (Bericht oder Bericht und Antrag), in welchem er seine neudefinierte suchtfördernde Drogenpolitik dem Parlament zur Stellungnahme unterbreitet. Sollte der Stadtrat weiterhin an der Erstellung eines Fixerraumes festhalten, hat er dessen Kostenfolgen transparent (Sonderkredit oder als Budgetposition) bewilligen zu lassen. (Die SVP hat gewisse Befürchtungen, dass die Kreditzuständigkeit dadurch umgangen wird, da vorerst „nur“ von einem dreijährigen Versuchsbetrieb gesprochen wird.)

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

In dieser Vorlage soll der Stadtrat jedoch verschiedene Lösungsvarianten, auch fixerstüblifreie, aufzeigen und sich nicht engstirnig auf die Durchsetzung seines heutigen Ansinnens konzentrieren. Entgegen der heutigen vom Stadtrat eingeschlagenen Richtung hin zu einer suchterhaltenden bzw. sogar suchtfördernden Drogenpolitik wünscht die SVP klare Alternativen, welche nicht zu einer Teil-Legalisierung des Drogenkonsums führen.

Seit dem Jahre 1994 liegt ein Volksentscheid vor, welcher sich gegen ein staatlich subventioniertes Fixerstübli ausspricht. Der Stadtrat hat auch klar aufzuzeigen, wie weit er heute noch bereit ist, diesen Entscheid zu akzeptieren oder zumindest die Bevölkerung in die neu entstehende Diskussion als Entscheidungsträger einzubeziehen.

Selbstverständlich sind mit Überweisung dieser Motion jegliche weiteren Aktivitäten zur Eröffnung des geplanten Fixerraumes einzustellen.

Marcel Lingg
namens der SVP-Fraktion